

IHK Prüfungsvorbereitung §34a - Sachkundeprüfung Bewachungsgewerbe - 2. Auflage

Vor dem Kauf hineinlesen: Dieser Auszug zeigt die Gestaltung, Erklärungen und Inhalte der angebotenen PDF-Ausgabe.

Enthalten sind die einleitenden Seiten, das vollständige Inhaltsverzeichnis und ausgewählte Lehr- oder Übungsseiten. Dies ist ein Auszug, nicht das vollständige Buch.

Die ursprüngliche Seitennummerierung bleibt erhalten; Sprünge sind beabsichtigt. Die Angaben im Inhaltsverzeichnis beziehen sich auf das Gesamtbuch.

Die Hinweise zum Prüfstatus der Ausgabe gelten auch für diesen Auszug. Die Leseprobe bestätigt keine abgeschlossene fachliche, juristische oder unabhängige sprachliche Prüfung.

Ausgewählte Seiten der Quelldatei: 1-13; 14-17.



Deine-Akademie24
Wissen • Lernen • Erfolg

Prüfungsvorbereitung

§34a

**Sachkundeprüfung
im Bewachungsgewerbe**

Kompakt lernen. Sicher bestehen.

**Mit Prüfungswissen,
Übungsfragen und Lösungen**

2. Auflage



Deine-Akademie24
Wissen • Lernen • Erfolg



Deine-Akademie24
Wissen • Lernen • Erfolg

Prüfungsvorbereitung nach § 34a GewO

Sachkunde im Bewachungsgewerbe

2. Auflage

Deutsche Ausgabe mit 320 Übungsfragen und Lösungen

Überarbeitete Ausgabe vom 19. Oktober 2026

Katja Stein

Deine-Akademie24



Deine-Akademie24
Wissen • Lernen • Erfolg

Herausgeberin und Bearbeitungsstand

Katja Stein

Deine-Akademie24

An der Ölmühle 2a

50259 Pulheim

Kontakt:

Telefon: 0155 67 220 897

E-Mail: info@deine-akademie24.de

www.deine-akademie24.de

Diese 2. Auflage baut auf dem deutschen Original und der dazu abgeglichenen Word-Datei auf. Sie enthält sieben Hauptkapitel, 32 Lerneinheiten sowie 320 Übungsfragen mit Lösungen. Gliederung, Seitenzählung und Satz wurden überarbeitet.

Die Ausgabe ist eine redaktionell und anhand der angegebenen Quellen überarbeitete Fachprüffassung. Eine unabhängige menschliche juristische und fachliche Schlussprüfung liegt noch nicht vor. Sie darf daher nicht als bereits extern freigegeben oder als Garantie des Prüfungserfolgs bezeichnet werden.

Normen und Regeln können sich ändern. Für den Einsatz sind die konkrete Rechtslage, die Zuständigkeit, die betriebliche Gefährdungsbeurteilung und die für den Betrieb geltenden Unfallverhütungsvorschriften zu beachten. Das Buch erteilt keine polizeilichen Befugnisse und ersetzt keine praktische Einweisung.

Die Übungsfragen sind eigenständige Lernfragen dieses Buchs und keine amtlichen IHK-Prüfungsfragen. Fallbeispiele sind fiktive Lernsituationen. Die Anschrift im Impressum wurde von der Herausgeberseite am 19. Oktober 2026 bestätigt.

Vorwort

Die Sicherheitsbranche leistet einen unverzichtbaren Beitrag zu einem geordneten und geschützten Zusammenleben. Ob im Objektschutz, bei Veranstaltungen, im Einzelhandel oder an besonders sensiblen Einsatzorten - überall dort, wo Menschen, Einrichtungen oder Sachwerte geschützt werden müssen, sind qualifizierte und verantwortungsbewusste Sicherheitskräfte gefragt.

Die Sachkundeprüfung nach § 34a GewO weist die erforderlichen rechtlichen und fachlichen Kenntnisse für bestimmte Bewachungstätigkeiten nach. Welche Qualifikation benötigt wird, richtet sich nach der Tätigkeit und der Funktion im Unternehmen.

Dieses Buch soll Sie dabei unterstützen, sich gezielt, strukturiert und verständlich auf diese Prüfung vorzubereiten.

Es vermittelt die prüfungsrelevanten Themenbereiche in kompakter und praxisnaher Form. Dazu gehören insbesondere die rechtlichen Grundlagen, der professionelle Umgang mit Menschen, die Gefahrenabwehr, das Verhalten in Konflikt- und Stresssituationen sowie wichtige Inhalte aus den Bereichen Datenschutz und Waffenrecht.

Das Buch richtet sich sowohl an Teilnehmende von Vorbereitungskursen zur Sachkundeprüfung nach §34a GewO als auch an Quereinsteiger und bereits tätige Sicherheitsmitarbeiter, die ihr Wissen vertiefen oder auffrischen möchten. Ziel ist es, Ihnen nicht nur das notwendige Prüfungswissen zu vermitteln, sondern auch ein solides Verständnis für die Anforderungen und die Verantwortung im Sicherheitsgewerbe.

Ich wünsche Ihnen viel Erfolg beim Lernen, bei Ihrer Sachkundeprüfung und auf Ihrem weiteren beruflichen Weg in der Sicherheitsbranche.



Katja Stein
Gründerin Deine-Akademie24

So arbeiten Sie mit diesem Buch

Lesen Sie zunächst die Erklärung der Lerneinheit. Stellen Sie bei Eingriffen immer zuerst die Frage nach der konkreten Rechtsgrundlage. Ein Auftrag, eine Uniform oder ein Verdacht allein ersetzt diese Grundlage nicht.

Bearbeiten Sie nach dem Lerntext die zehn Übungsfragen jeder Einheit. In diesem Buch ist jeweils genau eine Antwort richtig. Die richtige Antwort steht jeweils direkt unter den fünf Antwortmöglichkeiten. Decken Sie die Antwort beim Üben zunächst ab und vergleichen Sie erst nach Ihrer eigenen Entscheidung. Beachten Sie: Die schriftliche IHK-Prüfung enthält auch Aufgaben mit mehreren richtigen Antworten. Die Übungen dieses Buchs sind deshalb kein maßstabsgetreuer Probetest des amtlichen Prüfungsformats.

Die Antwortbuchstaben wurden neu geordnet. Verwenden Sie deshalb ausschließlich die Antworten dieser 2. Auflage und keine alten Antwortlisten. Die Kennungen U01-F01 bis U32-F10 ermöglichen eine eindeutige Zuordnung.

Begründen Sie Ihre Wahl mit eigenen Worten und schlagen Sie bei Rechtsfragen die genannte Vorschrift nach. Unterscheiden Sie Beobachtung, Schlussfolgerung und rechtliche Bewertung. Wiederholen Sie besonders die Fragen, bei denen Sie die Begründung nicht erklären können.

Die Sachkundeprüfung umfasst einen schriftlichen und einen mündlichen Teil. Beide müssen nach § 11 BewachV mindestens ausreichend sein. Mündlich stehen insbesondere öffentliches Recht einschließlich Gewerberecht und der Umgang mit Menschen im Vordergrund. Üben Sie deshalb, eine Situation laut zu beschreiben, die Rechtsgrundlage zu nennen und Ihr Vorgehen zu begründen. Maßgeblich für Anmeldung, Ablauf und Bewertung sind die aktuellen Vorgaben Ihrer IHK.

Quellen und Änderungsnachweise

Die Rechtsgrundlagen jeder Einheit stehen vor dem Lerntext. Ein Quellenverzeichnis am Ende nennt amtliche und institutionelle Fundstellen. Das gesonderte Änderungsprotokoll enthält Originalstelle, Neufassung, Grund und Quellenbezug. Der Prüfbericht benennt die durchgeführten Kontrollen und die verbleibenden Grenzen.

Inhaltsverzeichnis

1 Recht der öffentlichen Sicherheit und Ordnung einschließlich Gewerberecht	13
1.1 Lerneinheit 01 Föderalismus und Rechtsordnung	13
1.1.1 Was ist Föderalismus?	13
1.1.2 Bedeutung des Föderalismus	13
1.1.3 Bundesrecht vs. Landesrecht	13
1.1.4 Bundesrecht	13
1.1.5 Beispiele für Bundesrecht:	13
1.1.6 Landesrecht	14
1.1.7 Beispiele für Landesrecht:	14
1.1.8 Zusammenfassung	14
1.1.9 Übungsfragen	14
1.2 Lerneinheit 02 Öffentliches Recht und Privatrecht	17
1.2.1 Das Rechtssystem in Deutschland – Ein Überblick	17
1.2.2 Öffentliches Recht	17
1.2.3 Privates Recht	17
1.2.4 Öffentliches Recht	17
1.2.5 Beispiele für öffentliches Recht:	17
1.2.6 Privates Recht	17
1.2.7 Beispiele für privates Recht:	17
1.2.8 Beispiele:	18
1.2.9 Übungsfragen	18
1.3 Lerneinheit 03 Grundrechte und Rechtsgüter	21
1.3.1 1. Artikel 1 GG – Menschenwürde	21
1.3.2 2. Artikel 2 GG – Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit	21
1.3.3 3. Artikel 3 GG – Gleichheit vor dem Gesetz	21
1.3.4 4. Artikel 5 GG – Meinungsfreiheit	21
1.3.5 5. Artikel 10 GG – Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis	21
1.3.6 6. Artikel 12 GG – Berufsfreiheit	22
1.3.7 7. Artikel 13 GG – Unverletzlichkeit der Wohnung	22
1.3.8 8. Artikel 14 GG – Eigentum und Erbrecht	22
1.3.9 9. Artikel 19 GG – Einschränkung der Grundrechte	22
1.3.10 10. Artikel 104 GG – Freiheit der Person	22
1.3.11 Zusammenfassung:	23
1.3.12 Übungsfragen	23
1.4 Lerneinheit 04 Grundrechte und strafrechtlicher Schutz	26
1.4.1 Übungsfragen	27
1.5 Lerneinheit 05 Abgrenzung zum Strafrecht	30
1.5.1 Übungsfragen	31
1.6 Lerneinheit 06 Private Befugnisse und staatliche Aufgaben	33
1.6.1 Rechte und Befugnisse bei der Durchführung von Bewachungsaufgaben	33
1.6.2 Gewaltmonopol / Gewaltenteilung	34
1.6.3 Public-Private-Partnership (PPP) – Kooperationen	34
1.6.4 Zusammenfassung:	35
1.6.5 Übungsfragen	35
1.7 Lerneinheit 07 Gewerberechtliche Vorschriften im Überblick	38
1.7.1 Rechte und Pflichten nach der Gewerbeordnung	38

1.7.2 Übungsfragen	38
1.8 Lerneinheit 08 Gewerbeordnung und Qualifikationsnachweise	41
1.8.1 Grundsatz der Gewerbefreiheit (§ 1 GewO)	41
1.8.2 Voraussetzungen der gewerblichen Bewachungstätigkeit.....	41
1.8.3 Differenzierung zwischen Sachkundeprüfung und Unterrichtung	41
1.8.4 Wichtige Fachbegriffe	42
1.8.5 Voraussetzungen an den Gewerbetreibenden und gesetzliche Vertreter	42
1.8.6 Untersagung der Beschäftigung durch die zuständigen Behörden (§ 34a GewO).....	42
1.8.7 Befugnisse der 34a-Behörden / Vollzugsbehörden	42
1.8.8 Ordnungswidrigkeiten (§ 144 Abs.1 Nr. 1 f; § 144 Abs. 2 Nr. 1b und Nr. 3).....	43
1.8.9 Zusammenfassung	43
1.8.10 Übungsfragen	43
1.9 Lerneinheit 09 Betriebliche Pflichten nach der BewachV	46
1.9.1 Anforderungen an die Haftpflichtversicherung	46
1.9.2 Versicherungsbestätigung, Anzeigepflicht des Versicherungsunternehmens	46
1.9.3 Wahrung von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen (§§ 2, 4, 23 Geschäftsgeheimnisgesetz).....	46
1.9.4 Anzeige- und Meldepflichten (Beschäftigte, Wach- und Leitungspersonal).....	46
1.9.5 Dienstkleidung	47
1.9.6 Dienstanweisung.....	47
1.9.7 Ausweis, Kennschild/Namensschild	47
1.9.8 Behandlung von Waffen und Anzeigepflicht nach Waffengebrauch	47
1.9.9 Buchführungs- und Aufbewahrungspflichten	47
1.9.10 Ordnungswidrigkeiten	47
1.9.11 Übungsfragen	48
2 Datenschutzrecht	50
2.1 Lerneinheit 10 Grundlagen des Datenschutzes	50
2.1.1 Anwendungsbereich der DS-GVO, BDSG, LDSG	50
2.1.2 Personenbezogene Daten (PbD), Verarbeitung, Dateisystem, (Art. 4 DS-GVO)	50
2.1.3 Besondere Arten PbD (Art. 9 DS-GVO).....	51
2.1.4 Grundsätze der Verarbeitung (Art. 5 DS-GVO)	51
2.1.5 Rechtmäßigkeit der Verarbeitung (Art. 6 DS-GVO, § 24 BDSG).....	52
2.1.6 Datenschutzbeauftragte und Aufsichtsbehörden	52
2.1.7 Zusammenfassung	52
2.1.8 Übungsfragen	53
2.2 Lerneinheit 11 Betroffenenrechte und Datenschutz im Einsatz	55
2.2.1 Beschränkungen der Grundsätze der Verarbeitung (Art. 23 DS-GVO)	55
2.2.2 Technische und organisatorische Maßnahmen (Art. 24, 32 DS-GVO).....	55
2.2.3 Vertraulichkeit bei der Auftragsverarbeitung (Art. 28 DS-GVO).....	55
2.2.4 Rechte der betroffenen Person.....	56
2.2.5 Videoüberwachung öffentlich zugänglicher Bereiche	56
2.2.6 Datenschutz-Folgenabschätzung und vorherige Konsultation (Art. 35, 36 DS-GVO)	57
2.2.7 Strafvorschriften im StGB (§§ 201, 201a, 202, 202a).....	57
2.2.8 Haftung und Sanktionen	57
2.2.9 Übungsfragen	57
3 Bürgerliches Gesetzbuch.....	60
3.1 Lerneinheit 12 Zivilrechtliche Rechtfertigungsgründe	60
3.1.1 Voraussetzungen:	60
3.1.2 Grenzen:	60



3.1.3 Verteidigungsnotstand nach § 228 BGB.....	60
3.1.4 Allgemeine Selbsthilfe nach §§ 229 und 230 BGB	61
3.1.5 Selbsthilfe des Besitzers nach § 859 BGB	61
3.1.6 Übungsfragen	61
3.2 Lerneinheit 13 Verhältnismäßigkeit und gesetzliche Befugnis.....	64
3.2.1 Geeignetheit.....	64
3.2.2 Erforderlichkeit.....	64
3.2.3 Angemessenheit	64
3.2.4 Zusammenfassung	64
3.2.5 Übungsfragen	65
3.3 Lerneinheit 14 Rechtfertigung und Schuld im Vergleich.....	67
3.3.1 Tatbestand, Rechtswidrigkeit und Schuld.....	67
3.3.2 Übungsfragen	68
3.4 Lerneinheit 15 Besitz Eigentum Haftung und Fund	70
3.4.1 Besitzdiener (§ 855 BGB)	70
3.4.2 Selbsthilfe des Besitzdieners (§ 860 BGB).....	70
3.4.3 Schikaneverbot (§ 226 BGB)	71
3.4.4 Unerlaubte Handlungen	71
3.4.5 Schadensersatz und Verantwortlichkeit (§§ 823 ff., 828 BGB).....	71
3.4.6 Verbotene Eigenmacht (§ 858 BGB)	71
3.4.7 Unterscheidung Eigentum / Besitz (§ 903 / §§ 854 ff BGB).....	71
3.4.8 Begriff der Sache (§ 90 BGB) und der Tiere (§ 90a BGB).....	72
3.4.9 Fund (Anzeige-, Verwahrungs-, Ablieferungspflicht §§ 965, 966, 967, 978 BGB).....	72
3.4.10 Übungsfragen	72
4 Strafrecht Strafverfahren und Umgang mit Waffen	75
4.1 Lerneinheit 16 Aufbau des Strafgesetzbuchs.....	75
4.1.1 Aufbau im Detail:.....	75
4.1.2 Allgemeiner Teil (AT)	75
4.1.3 Besonderer Teil (BT).....	76
4.1.4 Strafzumessung und Nebenstrafen	76
4.1.5 Übungsfragen	76
4.2 Lerneinheit 17 Allgemeiner Teil des Strafgesetzbuchs	79
4.2.1 Keine Strafe ohne Gesetz (§ 1 StGB).....	79
4.2.2 Personen- und Sachbegriffe nach § 11 StGB.....	79
4.2.3 Deliktaufbau / Elemente der Straftat	79
4.2.4 Vergehen und Verbrechen (§ 12 StGB).....	80
4.2.5 Begehen durch Unterlassen (§ 13 StGB)	80
4.2.6 Vorsätzliches und fahrlässiges Handeln (§ 15 StGB).....	80
4.2.7 Schuldunfähigkeit des Kindes (§ 19 StGB).....	80
4.2.8 Versuch (§§ 22, 23 StGB) und Vollendung.....	80
4.2.9 Täterschaft und Teilnahme (§§ 25 - 27 StGB).....	81
4.2.10 Übungsfragen	81
4.3 Lerneinheit 18 Strafantrag und Privatklage	84
4.3.1 Antragsdelikte, Officialdelikte und Privatklage	84
4.3.2 Übungsfragen	85
4.4 Lerneinheit 19 Notwehr und Notstand.....	87
4.4.1 Notwehr.....	87
4.4.2 Voraussetzungen für Notwehr:	87

4.4.3 Besonderheiten:	87
4.4.4 Notstand:	87
4.4.5 Voraussetzungen für Notstand:	87
4.4.6 Besonderheiten:	88
4.4.7 Vergleich zwischen Notwehr und Notstand:	88
4.4.8 Zusammenfassung:	88
4.4.9 Übungsfragen	88
4.5 Lerneinheit 20 Wichtige Straftatbestände	91
4.5.1 Straftaten gegen die öffentliche Ordnung (§§ 123, 132, 132a StGB)	91
4.5.2 Falsche uneidliche Aussage, Meineid, falsche Verdächtigung (§§ 153, 154, 164 StGB)	91
4.5.3 Beleidigung (§ 185 StGB)	92
4.5.4 Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit (§§ 223, 224, 226, 229 StGB)	92
4.5.5 Straftaten gegen die persönliche Freiheit (§§ 239, 240 StGB)	92
4.5.6 Diebstahl und Unterschlagung (§§ 242, 243, 244, 246, 248a StGB)	93
4.5.7 Raub, Räuberischer Diebstahl, Erpressung (§§ 249, 252, 253 StGB)	93
4.5.8 Begünstigung und Hehlerei (§§ 257, 259 StGB)	94
4.5.9 Betrug (§ 263 StGB)	94
4.5.10 Erschleichen von Leistungen (§ 265a StGB) und Untreue (§ 266 StGB)	94
4.5.11 Urkundenfälschung (§ 267 StGB)	94
4.5.12 Missbrauch von Ausweispapieren (§ 281 StGB)	94
4.5.13 Sachbeschädigung (§ 303 StGB)	94
4.5.14 Gemeingefährliche Straftaten und Hilfeleistung	95
4.5.15 Übungsfragen	95
4.6 Lerneinheit 21 Nebenstrafrecht und Betäubungsmittel	98
4.6.1 Nebenstrafrecht und Betäubungsmittelrecht	98
4.6.2 Übungsfragen	98
4.7 Lerneinheit 22 Strafverfahren und vorläufige Festnahme	101
4.7.1 Vorläufige Festnahme (§ 127 StPO)	101
4.7.2 Voraussetzungen:	101
4.7.3 Grundzüge der Aufgaben von Staatsanwaltschaft und Polizei (§§ 152, 163 StPO)	101
4.7.4 Sonstige relevante Bereiche	102
4.7.5 Abgrenzung zu Ordnungswidrigkeiten	102
4.7.6 Rechtliche Unterschiede:	102
4.7.7 Übungsfragen	103
4.8 Lerneinheit 23 Waffenrechtliche Grundlagen	106
4.8.1 Umgang mit Waffen (Schusswaffen, Schlagstöcke, Sprays usw.)	106
4.8.2 Umgang mit Waffen (Schusswaffen, Schlagstöcke, Sprays usw.)	106
4.8.3 Waffengesetz (WaffG):	106
4.8.4 Waffenrechtliche Erlaubnisse:	107
4.8.5 Waffenrechtliche Begriffe:	107
4.8.6 Wesentliche waffen- und munitionstechnische Begriffe:	107
4.8.7 Transport und Ausweispflichten	107
4.8.8 Besonderheiten bei öffentlichen Veranstaltungen:	108
4.8.9 Verbotene Waffen und Gegenstände:	108
4.8.10 Straf-, Bußgeldvorschriften:	108
4.8.11 Zusammenfassung:	108
4.8.12 Übungsfragen	109
4.9 Lerneinheit 24 Andere Verteidigungsmittel	112

4.9.1 Andere Verteidigungsmittel und ihre Grenzen	112
4.9.2 Übungsfragen	112
5 Unfallverhütung	115
5.1 Lerneinheit 25 Wach und Sicherungsdienste	115
5.1.1 Geltungsbereich (§ 1)	115
5.1.2 Gemeinsame Bestimmungen	116
5.1.3 Allgemeines (§ 2)	116
5.1.4 Eignung (§ 3)	116
5.1.5 Dienstanweisung (§ 4)	116
5.1.6 Verbot berauschender Mittel (§ 5)	116
5.1.7 Übernahme von Wach- und Sicherungsaufgaben (§ 6)	116
5.1.8 Sicherungstätigkeiten bei besonderen Gefahren (§ 7)	116
5.1.9 Überprüfung von zu sichernden Objekten (§ 8)	116
5.1.10 Objekteinweisung (§ 9)	116
5.1.11 Ausrüstung des Wach- und Sicherungspersonals (§ 10-22)	117
5.1.12 Besondere Bestimmungen für Geldtransporte	117
5.1.13 Eignung (§ 24)	117
5.1.14 Geldtransporte durch Boten (§ 25)	117
5.1.15 Ordnungswidrigkeiten	117
5.1.16 Übungsfragen	118
5.2 Lerneinheit 26 Grundsätze der Prävention	120
5.2.1 Pflichten des Unternehmers	120
5.2.2 Pflichten des Unternehmers	120
5.2.3 Erste Hilfe	121
5.2.4 Zusammenfassung	121
5.2.5 Übungsfragen	122
6 Umgang mit Menschen	124
6.1 Lerneinheit 27 Umgang mit Menschen und Deeskalation	124
6.1.1 Kognitive, emotionale und körperliche Prozesse in Wechselwirkung	124
6.1.2 Zu behandelnde Situationen:	124
6.1.3 Kognitive, emotionale und körperliche Prozesse in Wechselwirkung	125
6.1.4 Motive menschlichen Verhaltens	125
6.1.5 Motivation – Verhalten – Rückschlussmöglichkeiten	125
6.1.6 Selbstwertgefühl als Voraussetzung für angemessenes Verhalten	125
6.1.7 Bedeutung von Selbstsicherheit, Selbstvertrauen und Selbstbewusstsein	125
6.1.8 Übersteigerte Selbstwert- oder Minderwertigkeitsgefühle; Ursachen	125
6.1.9 Wahrnehmung; Einstellung (Selbstbild, Fremdbild, Vorurteile, selektive Wahrnehmung) ...	126
6.1.10 Grundlagen der Kommunikation unter Berücksichtigung kultureller Unterschiede	126
6.1.11 Stress als Auslöser von Konflikten und falschem Verhalten	126
6.1.12 Frustration und Aggression	126
6.1.13 Konflikte als Auseinandersetzung zweier gegensätzlicher Interessen	126
6.1.14 Grundsätzliche Fehler im Umgang mit Menschen und deren Auswirkungen	126
6.1.15 Handlungskompetenz im Umgang mit besonders schutzbedürftigen Geflüchteten	127
6.1.16 Gesprächsregeln und Fragearten	127
6.1.17 Situationen im Detail:	127
6.1.18 Übungsfragen	128
6.2 Lerneinheit 28 Personalführung und Mitarbeitergespräch	130
6.2.1 Einführung: Was bedeutet „Führen von Personal“?	130



6.2.2 Das Mitarbeitergespräch als Instrument	130
6.2.3 Was ist ein Mitarbeitergespräch?.....	130
6.2.4 Ziele eines Mitarbeitergesprächs:	130
6.2.5 Rechtliche Grundlagen und Paragraphen.....	130
6.2.6 Beispiel für ein Mitarbeitergespräch.....	130
6.2.7 Ablauf:	131
6.2.8 Beispiel: Rechtliche Aspekte bei Mitarbeitergesprächen	131
6.2.9 Beispiel für eine konkrete Anwendung.....	131
6.2.10 Zusammenfassung	131
6.2.11 Übungsfragen	131
7 Grundzüge der Sicherheitstechnik.....	134
7.1 Lerneinheit 29 Mechanische Sicherungstechnik	134
7.1.1 Einfriedungen.....	134
7.1.2 Beispiele:	134
7.1.3 Vereinzelungsanlagen/Personenschleusen (Drehkreuze, Tore etc.).....	134
7.1.4 Zweck:.....	134
7.1.5 Beispiele:	134
7.1.6 Durchlässe	135
7.1.7 Zweck:.....	135
7.1.8 Beispiele:	135
7.1.9 Schlösser und Schließanlagen	135
7.1.10 Zweck:.....	135
7.1.11 Beispiele:	135
7.1.12 Fensterschutz und Sicherheitsverglasung	135
7.1.13 Zweck:.....	136
7.1.14 Beispiele:	136
7.1.15 Wertbehältnisse	136
7.1.16 Zweck:.....	136
7.1.17 Beispiele:	136
7.1.18 Übungsfragen	137
7.2 Lerneinheit 30 Elektronische Sicherungstechnik	139
7.2.1 Elektronische Überwachung – Allgemeines.....	139
7.2.2 Zutrittskontrollsysteme	139
7.2.3 Videoüberwachung	139
7.2.4 Gefahrenmeldeanlagen	140
7.2.5 EDV-Sicherheitstechnik	140
7.2.6 Beispiele:	140
7.2.7 Wächterkontrollsysteme.....	140
7.2.8 NSL und Intervention	141
7.2.9 Einzelarbeitsplatzüberwachung (Totmannschaltung)	141
7.2.10 Zusammenfassung	141
7.2.11 Übungsfragen	141
7.3 Lerneinheit 31 Kommunikationsmittel und Funk	144
7.3.1 Kommunikationsmittel im Überblick	144
7.3.2 Drahtlose und drahtgebundene Kommunikationsmittel	144
7.3.3 Beispiele:	144
7.3.4 Vorteile:	144
7.3.5 Nachteile:	144



7.3.6 Beispiele:	144
7.3.7 Vorteile:	145
7.3.8 Nachteile:	145
7.3.9 Betriebs- und Bündelfunk, Handfunkgeräte	145
7.3.10 Beispiele:	145
7.3.11 Merkmale:	145
7.3.12 Beispiel:	145
7.3.13 Beispiel:	146
7.3.14 Vorteile:	146
7.3.15 Nachteile:	146
7.3.16 Analoges und digitaler Betriebsfunk – Vor- und Nachteile	146
7.3.17 Vorteile:	146
7.3.18 Nachteile:	146
7.3.19 Vorteile:	146
7.3.20 Nachteile:	146
7.3.21 Übungsfragen	147
7.4 Lerneinheit 32 Brandschutz	150
7.4.1 Allgemeine Kenntnisse im Brandschutz	150
7.4.2 Brandvoraussetzungen	150
7.4.3 Brandklassen	150
7.4.4 Löschmittel und deren Wirkung	150
7.4.5 Vorbeugender und baulicher Brandschutz	151
7.4.6 Ziele	151
7.4.7 Maßnahmen	151
7.4.8 Kontrolltätigkeit	151
7.4.9 Brandschutzkontrollen	151
7.4.10 Abwehrender Brandschutz	151
7.4.11 Taktik der Brandbekämpfung	151
7.4.12 Kontrolle, Eignung und Einsatz von Handfeuerlöschern	152
7.4.13 Übungsfragen	152
8 Rechtsquellen und weitere Fundstellen	155
8.1 Grundgesetz	155
8.2 Gewerbeordnung	155
8.3 Bewachungsverordnung	155
8.4 Bürgerliches Gesetzbuch	155
8.5 Strafgesetzbuch	155
8.6 Strafprozessordnung	155
8.7 Jugendgerichtsgesetz	155
8.8 Ordnungswidrigkeitengesetz	155
8.9 Betäubungsmittelgesetz	155
8.10 Konsumcannabisgesetz	155
8.11 Waffengesetz einschließlich Anlagen	155
8.12 Allgemeine Waffengesetz-Verordnung	155
8.13 Bundesdatenschutzgesetz	155
8.14 Geschäftsgeheimnisgesetz	156
8.15 Arbeitsstättenverordnung	156
8.16 DSGVO und BDSG in der Textausgabe der BfDI	156
8.17 DGUV Vorschrift 23	156



8.18 DGUV Vorschrift 1	156
8.19 ASR A2.2 Maßnahmen gegen Brände	156
8.20 ASR A2.3 Fluchtwege und Notausgänge	156
8.21 DGUV Information 205-034 CO2 Feuerlöscher	156
8.22 DGUV Information 205-039 Feuerlöscher richtig einsetzen	156
8.23 DIN EN 356 Produktbeschreibung	156
8.24 DIN EN 1627 Produktbeschreibung	156
8.25 DIN EN 14450 Produktbeschreibung	156
8.26 Bundesnetzagentur Bündelfunk	156
8.27 Wissenschaftliche Dienste des Bundestags zu Pfefferspray	156
8.28 Universitätsklinikum Freiburg zu Reizgas	156



1 Recht der öffentlichen Sicherheit und Ordnung einschließlich Gewerberecht

1.1 Lerneinheit 01 Föderalismus und Rechtsordnung

Grundlagen: GG Art. 20, 30, 31 und 70

1.1.1 Was ist Föderalismus?

Föderalismus ist ein politisches System, bei dem die Macht zwischen einer zentralen Regierung (dem Bund) und mehreren Teilstaaten oder Ländern (z.B. Bundesländer in Deutschland) aufgeteilt ist. Das Ziel ist, die Verwaltung und Gesetzgebung auf verschiedenen Ebenen zu organisieren, sodass sowohl die nationale Einheit gewahrt bleibt als auch die regionale Selbstbestimmung möglich ist.

1.1.2 Bedeutung des Föderalismus

Der Föderalismus hat mehrere wichtige Funktionen:

Dezentrale Entscheidungsfindung: Er ermöglicht es, regionale Besonderheiten und Bedürfnisse besser zu berücksichtigen.

Verhinderung von Machtkonzentration: Die Aufteilung staatlicher Aufgaben begrenzt die Konzentration politischer Macht.

Mehr Demokratie: Bürger haben auf verschiedenen Ebenen Einfluss auf politische Entscheidungen.

Effizienz: Verschiedene Ebenen können spezifische Aufgaben besser erfüllen.

Beispiel: Schulgesetze und Polizeigesetze sind typische Bereiche des Landesrechts. Die Gesetzgebungskompetenzen ergeben sich aus dem Grundgesetz; die Länder sind zuständig, soweit das Grundgesetz dem Bund keine Befugnis verleiht.

1.1.3 Bundesrecht vs. Landesrecht

1.1.4 Bundesrecht

Bundesrecht umfasst die auf Bundesebene erlassenen Rechtsvorschriften. Artikel 31 GG bestimmt grundsätzlich den Vorrang gültigen Bundesrechts vor kollidierendem Landesrecht. Voraussetzung ist, dass die jeweilige Regelung innerhalb der verfassungsrechtlichen Zuständigkeit erlassen wurde. Besondere Abweichungsrechte der Länder, etwa nach Artikel 72 Absatz 3 GG, sind zu beachten.

1.1.5 Beispiele für Bundesrecht:

Das Grundgesetz (die Verfassung Deutschlands)

Das Strafgesetzbuch (StGB)

Das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB)

Das Waffengesetz (WaffG)

Beispiel: Das Strafgesetzbuch gilt als Bundesgesetz im gesamten Bundesgebiet. Landesrechtliche Vorschriften dürfen gültigem Bundesrecht nicht widersprechen.

1.1.6 Landesrecht

Landesrecht wird von den Ländern innerhalb ihrer verfassungsrechtlichen Zuständigkeiten erlassen. Es gilt im jeweiligen Land. Bei Kollisionen mit Bundesrecht sind Artikel 31 GG und die besonderen verfassungsrechtlichen Regeln, insbesondere Artikel 72 Absatz 3 GG, zu beachten.



1.1.7 Beispiele für Landesrecht:

Schulgesetze der Bundesländer

Polizeigesetze

Bauordnungen

Kulturgesetze

Beispiel: In Bayern gibt es spezielle Regelungen für die Organisation der Schulen, die nur in Bayern gelten. Ein Schulgesetz in Bayern kann beispielsweise festlegen, wie die Schulferien geregelt sind, was in anderen Bundesländern anders sein kann.

1.1.8 Zusammenfassung

Föderalismus bedeutet, dass die Macht zwischen Bund und Ländern aufgeteilt ist.

Gültiges Bundesrecht hat nach Artikel 31 GG grundsätzlich Vorrang vor kollidierendem Landesrecht; verfassungsrechtliche Sonderregeln bleiben zu beachten.

Landesrecht gilt im jeweiligen Land. Zuständigkeit und Verhältnis zum Bundesrecht bestimmen sich nach dem Grundgesetz.

1.1.9 Übungsfragen

U01-F01 Was ist Föderalismus?

- a) Ein System, bei dem nur die zentrale Regierung Macht hat.
- b) Ein System, bei dem die Bundesländer keine eigene Gesetzgebung haben.
- c) Ein System, bei dem alle Gesetze nur auf lokaler Ebene gelten.
- d) Ein politisches System, bei dem die Macht zwischen einer zentralen Regierung und mehreren Teilstaaten aufgeteilt ist.
- e) Ein System, bei dem die Macht ausschließlich bei den Bundesländern liegt.

Antwort U01-F01 d) Ein politisches System, bei dem die Macht zwischen einer zentralen Regierung und mehreren Teilstaaten aufgeteilt ist.

U01-F02 Was ist das Ziel des Föderalismus?

- a) Die Organisation der Verwaltung auf verschiedenen Ebenen, um nationale Einheit und regionale Selbstbestimmung zu gewährleisten.
- b) Die Vereinheitlichung aller Gesetze in Deutschland.
- c) Die Abschaffung der regionalen Selbstbestimmung.
- d) Die Konzentration aller Macht bei der zentralen Regierung.
- e) Die Abschaffung der Bundesländer.

Antwort U01-F02 a) Die Organisation der Verwaltung auf verschiedenen Ebenen, um nationale Einheit und regionale Selbstbestimmung zu gewährleisten.

U01-F03 Welche Funktion hat der Föderalismus im Hinblick auf Entscheidungen?

- a) Zentralisierte Entscheidungsfindung.
- b) Entscheidungen nur durch die Bürger direkt.
- c) Keine Entscheidungsbefugnisse auf Landesebene.
- d) Nur Entscheidungen auf Bundesebene.
- e) Dezentrale Entscheidungsfindung.

Antwort U01-F03 e) Dezentrale Entscheidungsfindung.



U01-F04 Warum ist Föderalismus wichtig für die Demokratie?

- a) Weil er die Bürger von politischen Entscheidungen ausschließt.
- b) Weil er nur die Macht bei der Bundesregierung belässt.
- c) Weil Bürger auf verschiedenen Ebenen Einfluss auf politische Entscheidungen haben.
- d) Weil er die Macht nur bei den Bundesländern konzentriert.
- e) Weil er die Gesetzgebung nur auf Bundesebene ermöglicht.

Antwort U01-F04 c) Weil Bürger auf verschiedenen Ebenen Einfluss auf politische Entscheidungen haben.

U01-F05 Was regelt in Deutschland jedes Bundesland eigenständig?

- a) Das Bürgerliche Gesetzbuch des Bundes
- b) Das Waffengesetz des Bundes
- c) Das Strafgesetzbuch des Bundes
- d) Das Grundgesetz
- e) Sein Landes-Schulgesetz

Antwort U01-F05 e) Sein Landes-Schulgesetz

U01-F06 Was ist Bundesrecht?

- a) Gesetze, die nur in einzelnen Bundesländern gelten.
- b) Die Gesamtheit der Gesetze, die vom Bund erlassen werden und in ganz Deutschland gelten.
- c) Gesetze, die nur für die Schulen gelten.
- d) Gesetze, die nur in Bayern gelten.
- e) Das Recht, das nur von den Bundesländern erlassen wird.

Antwort U01-F06 b) Die Gesamtheit der Gesetze, die vom Bund erlassen werden und in ganz Deutschland gelten.

U01-F07 Welche Grundregel enthält Artikel 31 GG für das Verhältnis von Bundesrecht und Landesrecht?

- a) Das Landesrecht hat Vorrang.
- b) Gültiges Bundesrecht geht kollidierendem Landesrecht grundsätzlich vor; verfassungsrechtliche Sonderregeln bleiben zu beachten.
- c) Beide Gesetze gelten gleichzeitig ohne Konfliktlösung.
- d) Der Konflikt wird durch eine Volksabstimmung entschieden.
- e) Das Bundesrecht muss dem Landesrecht weichen.

Antwort U01-F07 b) Gültiges Bundesrecht geht kollidierendem Landesrecht grundsätzlich vor; verfassungsrechtliche Sonderregeln bleiben zu beachten.

U01-F08 Welches Gesetz ist ein Beispiel für Bundesrecht?

- a) Das Schulgesetz eines Bundeslandes.
- b) Das Polizeigesetz eines Bundeslandes.
- c) Das Strafgesetzbuch (StGB).
- d) Das Bauordnungsrecht eines Bundeslandes.
- e) Das Kultugesetz eines Bundeslandes.

Antwort U01-F08 c) Das Strafgesetzbuch (StGB).



U01-F09 Was ist ein Beispiel für Landesrecht?

- a) Das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB).
- b) Das Grundgesetz.
- c) Das Strafgesetzbuch (StGB).
- d) Das Schulgesetz in Bayern.
- e) Das Einkommensteuergesetz des Bundes.

Antwort U01-F09 d) Das Schulgesetz in Bayern.

U01-F10 Was gilt in Deutschland grundsätzlich für alle Bundesländer?

- a) Das Landesrecht.
- b) Das Polizeigesetz.
- c) Das Schulgesetz.
- d) Das Bundesrecht.
- e) Das Kulturgesetz.

Antwort U01-F10 d) Das Bundesrecht.